

Das Bedürfnis der Israelis nach Sicherheit und das Bedürfnis der Palästinenser nach Anerkennung und Gleichberechtigung

Bericht einer Reise nach Bethlehem vom 4. bis 13. September 2015

Ein Freund verabschiedete mich vor dem Abflug nach Israel und Palästina mit dem Gedanken: Es ist doch verrückt, dass dieses geplagte Heilige Land im Augenblick wie eine Friedensinsel erscheint, wenn man auf Syrien und den Irak blickt.

Und in der Tat ist es relativ ruhig im palästinensischen Westjordanland, aber die strukturelle Gewalt ist allgegenwärtig und kann jeden Augenblick in offene Gewalt umschlagen. Gespürt haben das meine fünf Masterstudentinnen, mit denen ich für ein studentisches Forschungsprojekt im Rahmen ihres Studiums nach Bethlehem gekommen war, gleich am zweiten Tag, als wir im Nachbarort Bethlehems in Beit Jala Zeugen einer Demonstration wurden. Dort war bei der allsonntäglichen Demonstration sieben Tage zuvor Tränengas eingesetzt worden und es hatte Verletzte gegeben. Grund der Demonstration ist, dass dort die Mauer weitergebaut und durch das Tal weitergeführt wird, wo Bauern ihre Lebensgrundlage weggenommen wird, indem Olivenhaine abgeholzt und ganze Felder einfach enteignet werden, die dann hinter der Mauer liegen und nur mit Sondererlaubnis der Israelis betreten werden können. Beit Jala ist ein christlicher Ort und so demonstrierten Geistliche verschiedener Konfession mit dem Bürgermeister und mit Bürgern und internationalen Aktivist/innen gemeinsam. Jeden Morgen wird dort an der Linie, wo die Mauer gebaut werden soll, eine katholische Messe gefeiert.¹

Unser Forschungsprojekt untersucht die Situation 14- bis 18jähriger Jugendlicher in Palästina, die Gefängniserfahrung haben, und die Situation von Jugendlichen, die in Flüchtlingscamps leben. Palästinensische Studierende der Partner-Universität Bethlehem unterstützen unsere Studentinnen dabei, denn für uns Deutsche bliebe als von außen Kommende vieles unverständlich und könnte missdeutet werden. Menschen, die eine Gefängniserfahrung in Palästina mitbringen, werden beispielsweise nicht wie bei uns diskriminiert, sondern geehrt: Das Gefängnis wird in aller Regel als eine Auszeichnung für ein politisches Engagement gewertet. Bei der sonntäglichen Demonstration in Beit Jala war beispielsweise eine Woche zuvor ein Jugendlicher ohne ersichtlichen Grund, wie eine Kollegin der Uni Bethlehem berichtete, verhaftet worden. Irgendetwas muss einem israelischen Soldaten verdächtig vorgekommen sein. Vielleicht hatte der Soldat aber auch einfach nur den Auftrag, zur Abschreckung ein Exempel zu statuieren.

Der Ehemann einer anderen Kollegin erzählte von seinem mehrmonatigen Gefängnisaufenthalt vor über zwanzig Jahren ohne gerichtliche Anklage („administrative detention“), die er wohl seinem politischen Engagement verdankte. Christliche Palästinenser erhalten zu Weihnachten und Ostern in der Regel eine Erlaubnis, in das zehn Kilometer entfernte Jerusalem zu reisen; er darf bis heute noch nicht dorthin. In nahezu jeder palästinensischen (Groß-)Familie werden solche Geschichten von Gefängnis, von Verletzungen oder gar Tod im Zusammenhang mit der Besetzung Palästinas berichtet.

Der zweite Schwerpunkt der studentischen Forschung bezieht sich auf jugendliche palästinensische Flüchtlinge, die jetzt in 3. Generation in Flüchtlingslagern leben. Die Großeltern waren 1948 vertrieben worden und der Flüchtlingsstatus ist für sie heute noch im

¹ Über die aktuelle Lage informiert evangelisch.de: <https://www.evangelisch.de/inhalte/124463/04-09-2015/der-letzte-nagel-im-sarg-bethlehems>

Auch DomRadio aus Köln geht auf die Proteste der Christen in Betlehem ein:

<http://www.domradio.de/themen/weltkirche/2015-09-04/christen-protestieren-gegen-weiterbau-der-israelischen-sperranlage>.

Die Frankfurter Rundschau berichtete von den Demonstrationen unter: <http://www.fr-online.de/politik/israel-palaestinensische-christen-wehren-sich,1472596,31737380.html>

Alltag und auch im Selbstverständnis bestimmend. Zwei der am Forschungsprojekt beteiligten deutschen Studentinnen sind ebenfalls Flüchtlinge der 3. Generation. Ihre Großeltern stammen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die heute zu Polen gehören. Diese zwei deutschen Studentinnen würden sich selbst nicht mehr als Flüchtlinge definieren.

Unser Aufenthalt fiel in die Zeit, als Deutschland die Grenzen für Flüchtlinge insbesondere aus Syrien öffnete. An vielen Orten hörten wir anerkennende Worte über diese humanitäre Haltung Deutschlands: „Jetzt kommen auch viele Palästinenser zu Euch, die als Flüchtlinge in Syrien gelebt haben.“ Der Präsident der Open University (Fernuniversität) in Hebron drückte uns gegenüber bei einer Begegnung seine große Hochachtung für die deutsche Bundeskanzlerin aus. Es gab allerdings auch kritische Stimmen: „Das ist naiv, was Deutschland macht. Einige der Leute, die zu Euch kommen, wären von ihrem konservativen Lebensstil besser in den Golfstaaten aufgehoben, aber die reichen arabischen Bruderstaaten schotten sich ab. Das ist eine Schande.“ „Es wäre viel besser, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Wenn die Weltgemeinschaft wirklich konsequent das Einsickern immer neuer Waffen nach Syrien verhindern würde, dann wäre der Krieg dort bald zu Ende. Aber die Türkei, Russland, die USA und der Iran richten ihr Handeln nicht danach aus, was den Frieden bringt, sondern danach, was ihre eigene Position in der Region stärkt.“

Insgesamt erlebe ich junge Leute in Palästina heute im Gegensatz zur Zeit vor zwanzig Jahren eher als unpolitisch und politisch frustriert. Die eigene politische Kaste wird von vielen als korrupt angesehen. Von Friedensbemühungen mit dialogbereiten Israelis halten die meisten allerdings auch nichts: Dialoge werden mit dem Begriff der „Normalisierung“ abgelehnt. Sie könnten der Stabilisierung des Status Quo dienen, der in der Tat von Ungerechtigkeit und von Diskriminierung der Palästinenser geprägt ist. Ständig werden gegen die klare und immer wieder von den Vereinten Nationen bekräftigte Rechtslage israelische Siedlungen in Palästina im besetzten Westjordanland gebaut. Während die dort lebenden jüdischen Siedler an 365 Tagen im Jahr 24 Stunden lang mit Wasser versorgt sind, wird palästinensischen Orten bei Knappheit das Wasser für Stunden und Tage einfach abgedreht. Das ist nur ein Beispiel für vielfache Ungerechtigkeit.

Gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung formiert sich international eine Boykottbewegung. In der EU wird eine Kennzeichnungspflicht für Produkte aus jüdischen Siedlungen in Palästina diskutiert, um auf die widerrechtliche Situation der Produktionsstätten hinzuweisen. Die israelische Vereinigung Sozialer Arbeit soll, so der Antrag der palästinensischen Vereinigung, aus der internationalen Föderation Sozialer Arbeit ausgeschlossen werden. Begründet wird dieser Antrag damit, dass Soziale Arbeit in den Menschenrechten ihre ethische Begründung habe und dass die israelische Vereinigung nicht Stellung beziehe zu den Menschenrechtsverstößen bezogen auf die Besetzung Palästinas und die Siedlungspolitik.

Die Boykottbewegung beruft sich auf die Boykotterfolge gegen die Apartheidpolitik Südafrikas. Die Politik Israels mit der Forderung, dass auch die arabischen Bürger Israels sich zum „jüdischen demokratischen Staat Israels“ bekennen müssten, wird als Apartheidpolitik gebrandmarkt.

Vieles an dieser Argumentation erscheint verständlich, wenn man in Palästina die Ohnmacht, die Wut und den Zorn meiner Gesprächspartner spürt. Aber ich habe dann doch immer auch die Stimmen israelischer Partner im Ohr, deren Großeltern und Eltern als Flüchtlinge und Holocaustüberlebende nach Israel kamen und die jetzt in ihrem Land in Sicherheit leben wollen. Die Crux des Konflikts ist: Viele Israelis sehen sich selbst als Opfer und die Palästinenser als Täter; viele Palästinenser sehen sich ebenfalls als Opfer und die Israelis als Täter. Die Situation ist aber nicht schwarz-weiß, wie sie vielleicht in Südafrika zur Zeit der Apartheid erschien: Es gibt auf beiden Seiten berechnete und unerfüllte Bedürfnisse, die den Konflikt so unlösbar erscheinen lassen: das Bedürfnis der Palästinenser nach

Respekt und Anerkennung als gleichberechtigte Menschen, ohne ständig Diskriminierungen ausgesetzt zu sein, und das Bedürfnis der Israelis, angstfrei und sicher im eigenen Land leben zu können.

Der Frieden wird erst kommen, wenn diese Bedürfnisse gegenseitig anerkannt werden und wenn Israelis und Palästinenser in der Lage und bereit sind, ihre Politik nicht nur auf die eigenen Bedürfnisse, sondern auch auf die Bedürfnisse der anderen Seite auszurichten. Davon sind aber beide Seiten meilenweit entfernt.

Es kann einen schon heftig verwirren, wenn man versucht, beiden Seiten ehrlich und offen zuzuhören. Zwei Begegnungen an ein und demselben Tag waren für mich verwirrend: Die erste Begegnung fand mit einer Referentin einer palästinensischen Organisation statt, die die Rechte palästinensischer Flüchtlinge vertritt und für das von den Vereinten Nationen verbrieftete Recht auf Rückkehr vehement eintritt. Ich habe bei den Gedanken der Referentin dieser Organisation alles nachvollziehen können, aber mir fehlte die Berücksichtigung der israelischen Seite in den Überlegungen: Was ist mit den Juden, die jetzt dort leben, von wo Palästinenser 1948 vertrieben wurden? Müssen sie „verschwinden“, wenn die Palästinenser ihr Recht auf Rückkehr wahrnehmen? „Natürlich nicht“, antwortete mir die Referentin. „Es sind kreative Lösungen für beide Seiten gefragt.“ Solche Lösungen müssen gemeinsam gesucht werden. Die Gefühle der Unsicherheit und die Angst auf jüdischer Seite werden in Palästina selten wahr- oder ernstgenommen.

Die zweite Begegnung an demselben Tag betraf dann ein Gespräch mit einem jüdisch-israelischen Taxifahrer, der mir erklären wollte, dass Juden und Araber in Israel doch die gleichen Rechte hätten. Die vielfältigen Benachteiligungen und Diskriminierungen der arabisch-palästinensischen Israelis wollte oder konnte er nicht sehen. Diskriminierung kommt oft daher, dass Palästinenser als potentielle Gewalttäter und Terroristen unter Generalverdacht gestellt werden, und das bestätigte sich bei dem Taxifahrer so: „Wenn ein Araber als Kunde im Taxi bei mir mitfahren will, halte ich und nehme ihn mit. Aber wenn zwei Araber mich anhalten wollen, fahre ich vorbei. Es gibt ja nicht nur gute Menschen.“

Es bestehen einzelne Initiativen und Projekte, die politische Begegnungen und Dialoge zwischen Palästinensern und Israelis mit dem Ziel struktureller Änderungen, gegenseitiger Anerkennung und größerer Gerechtigkeit anstreben. Sie sind nicht sehr beliebt: Im Internet bleiben die palästinensischen Akteure solcher Projekte sogar anonym, weil sie bei Bekanntgabe mit dem Vorwurf rechnen müssten, sie kollaborierten mit dem Feind: http://www.jcrs.uni-jena.de/Hearts_of_Flesh.html

Ohne gegenseitiges Verstehen und ohne Verständigung wird es aber keinen Frieden geben. Wir brauchen einen langen Atem.

Auch in unseren Hochschulbegegnungen müssen wir kreative Wege der Verständigung suchen, denn trilaterale Aktivitäten zwischen Hochschulen aus Deutschland, Israel und Palästina sind derzeit nicht möglich.

Gottseidank bestehen die Hochschulbegegnungen zwischen der Universität Bethlehem und unserer Katholischen Hochschule in Köln nicht nur aus Politik. Die Gastfreundschaft in Palästina ist kaum zu übertreffen. Es gibt gemeinsame Unternehmungen, Einladungen nach Hause und es wird viel zusammen gelacht. Eine vierundzwanzigjährige Kölner Studentin fasst es so zusammen: „Von den Begegnungen hier in Palästina werde ich noch meinen Enkelkindern erzählen.“